

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

10.6.1921 (No. 132)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur:  
E. A. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunisch:  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

**Bezugspreis:** In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die fünf gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Rückstellungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Auslieferung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Im Zeichen der Verständigung

Wir wissen heute noch nicht, ob das verbrecherische Unternehmen des Herrn Korfanty und seiner Spießgesellen letzten Endes zu unserem Heil ausschlagen wird, oder ob es mit einem für Polen günstigen Erfolg abschließen wird; das eine aber wissen wir ganz genau, daß der polnische Aufruhr in Oberschlesien der dortigen deutschen Bevölkerung entsetzliche Heimtuchungen bereitet hat, Heimtuchungen, unter denen ein großer Teil der Bevölkerung auch heute noch zu leiden hat. Ferner aber wissen wir ganz genau, daß die Aktion des Herrn Korfanty im Bereich der Entente selbst und im Bereich ihrer Beziehungen zu uns wie ein Orkan gewirkt und allerlei neue Gegenstände heraufbeschworen hat.

Merkwürdig scheint es so, als ob gerade diese Folge des verbrecherischen polnischen Abenteuers den Ententemächten über manche Dinge die Augen geöffnet hat, die sie bisher nur durch einen rosigten Schleier zu betrachten pflegten. Und insofern könnte es sein, daß schließlich doch noch das Gegenteil von dem eintritt, was Herr Korfanty und seine Hintermänner beabsichtigt haben, daß also gerade die Verständigungsidee sich auf der ganzen Linie der europäischen Politik in stärkerem Maße als bisher durchsetzt, und zwar in einer Weise durchsetzt, die für Polen selbst kaum erfreulich sein dürfte.

Zunächst einmal haben England und Italien gründlich einsehen gelernt, wie man mit diesen polnischen Herrschaften zu verhandeln hat und daß man am allerbesten fährt, wenn man ihnen von vornherein die geballte Faust unter die Nase hält. Der Pole besitzt gewiß, wie jeder andere Mensch auch, seine irdischen Eigenschaften. Aber dafür hat er eine häßliche Eigenschaft, die ganz besonders gefährlich ist: er vermag in eitle Selbstüberhebung und fändischer Verbildung nicht bei der Stange zu bleiben, er ist hinterhältig und frech zugleich. Mit solchen Leuten wird man nur dann fertig, wenn man ihnen zeigt, daß man sie durchschaut und in jeder Sekunde entschlossen ist, sie zur Eindeutigkeit zu zwingen oder ihnen die Frechheit mit Gewalt auszutreiben. Wir wollen hoffen, daß England aus der in Oberschlesien erworbenen Erkenntnis die nötigen Schlussfolgerungen zieht und sich mit aller Macht, d. h. unter Aufgebot stärkerer Truppenteile dafür einsetzt, daß der Status, wie er vor dem Korfantyschen Unternehmen bestand, restlos wieder hergestellt wird.

Aber auch Frankreich hat offenbar inzwischen mehrere Saare in der polnischen Suppe gefunden. Vor allem hat es gemerkt, daß es mit seinem Eintreten für diesen bösen Bundesgenossen sich allenthalben nur Feinde schafft und seine eigene Politik aufs äußerste erschwert. Ferner wird auch dem Auge der klarblickenden französischen Politiker nicht entgangen sein, daß der polnische Staat überhaupt bisher nur von Großsperehereien gelebt hat und von den Unterstützungen, die ihm andere Mächte, in erster Linie Frankreich, zukommen ließen. Von zielbewusster polnischer Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet zumal hat man bisher wenig oder gar nichts verspürt. Und noch kein polnischer Wirtschaftspolitiker hat daran gedacht, statt fortwährend über Oberschlesien zu schreiben, die eigenen, sehr umfangreichen Bodenschätze an Kohlen und Erz planmäßig zu erschließen und auszubeuten.

Heute weiß ja bereits die ganze Welt, daß Polen schon an und für sich einen sehr erheblichen Teil von dem ober-schlesischen Kohlengebiet im weitesten Sinne dieses Wortes besitzt und gar nicht auf das deutsche Oberschlesien angewiesen ist. Allerdings könnte es den polnischen Herrschaften so passen, statt durch eigene Anstrengungen eine polnische Industrie in dem Bezirk von Dombrowa ins Leben zu rufen, die glänzend eingerichteten Industrieanlagen des deutschen Oberschlesien einfach zu annektieren.

Frankreich wird, wenn es nur einigermaßen der Stimme der Vernunft Gehör schenkt, sich selber sagen, daß das ober-schlesische Industriegebiet in der Hand einer fleißigen Bevölkerung für die wirtschaftlichen Bedürfnisse Europas und damit auch Frankreichs bessere Erträgnisse abwerfen wird, als wenn es sich in der Hand eines Volkes befindet, dessen Leistungen im umgekehrten Verhältnis zur Größe seines Geschlechts stehen.

Hinzu kommt die Beobachtung, daß der neue polnische Staat mit jedem Tage mehr an politischem Kredit verliert, seine Regierung sich in einer mehr oder minder latenten Dauerkrise befindet, und seine Waskuta seit dem ober-schlesischen Abenteuer beinahe um hundert Prozent gesunken ist. Für eine deutsche Mark kann man zur Zeit in Polen zwanzig polnische Mark haben; und ein Franken gilt in Polen soviel, wie 110 polnische Mark! Das heißt also, daß der polnische Markschein überhaupt nur noch dem Werte entspricht, den er als ein bedrucktes Stückchen Papier darstellt.

Bei alle dem wird man es also begreifen können, daß auch die französische Politik anfängt, mit dieser Art Bundesgenossen reichlich unzufrieden zu sein. Und da Deutschland auf der einen Seite deutliche Beweise seiner wachsenden Arbeitskraft verrät, auf der anderen Seite aber der Entente gegenüber eine kluge Politik des Entgegenkommens und der Zurückhaltung befolgt, hat sich ganz von selbst auch in Frankreich die und da in maßgebenden Kreisen die Einsicht durchgesetzt, daß man bei einem Wirtschaftsbündnis mit Deutschland viel besser fahren werde, als mit einer jeden anderen Konstellation ähnlicher Art.

In seinen letzten Reden hat Briand mit Nachdruck einer Politik der Verständigung mit Deutschland vorzuarbeiten versucht. Er hat im Senat offen zugegeben, daß das deutsche Volk ungeheure Eigenschaften besitze, und er hat deutlich zu erkennen gegeben, daß Frankreich durchaus für eine Wiederaufnahme normaler Beziehungen sei, wenn es Deutschland gelinge, Frankreich von der Ungefährlichkeit der reaktionär-militaristischen Strömung in Deutschland zu überzeugen.

Inzwischen hat natürlich auch der recht schwere Konflikt, der zwischen den englischen und französischen Auffassungen besteht, offenbar im Sinne einer gewissen Mäßigung gewirkt. Frankreich beginnt einzusehen, daß es politisch auf die gute Nachbarschaft Englands angewiesen ist, und daß es wirtschaftlich die deutsche Arbeitskraft zu seinem eigenen Wiederaufbau unumgänglich benötigt. So ist denn in Frankreich in letzter Zeit der Gedanke entstanden, aus der Entente ein festes Bündnis, eine feste Allianz zwischen England und Frankreich, womöglich noch unter Einbeziehung Amerikas zu machen, um vor einer „deutschen Revanche“ sicher zu sein, gleichzeitig aber ein englisch-französisch-deutsches Wirtschaftsbündnis zu errichten, das den Zweck hat, planmäßig und auf friedlichem Wege die wirtschaftliche Gesundung Europas herbeizuführen. Vielleicht ist diese letztere Idee auch gefördert worden durch die Beobachtung, daß England als der geschäftlich klügere Nachbar schon von sich aus dazu übergegangen ist, ähnliche Bündnisse zu schließen. Dem englisch-russischen Handelsvertrag soll jetzt ein englisch-deutsches Handelsabkommen für Russland folgen, das, wenn es wohl auch zunächst nur als ein Privatunternehmen gedacht ist, damit nichts von seiner hohen Bedeutung verliert. Für die Idee eines festen Bündnisses hat man sich in England übrigens bis jetzt noch nicht zu erwärmen vermocht.

Jedenfalls haben wir eine Reihe von Symptomen zu verzeichnen, die zeigen, daß auch innerhalb der Entente, und zwar vor allem in Paris selbst, die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Verständigung wächst. Noch steht jedoch die ober-schlesische Frage einer wirklichen Verständigung im Wege. Sache des Obersten Rates der Alliierten wird es sein, die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien zu erzwingen und dann sofort eine Entscheidung zu treffen, die unter Berücksichtigung des Abstimmungsresultates und unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Rücksicht das ober-schlesische Industriegebiet ungeteilt Deutschland überläßt.

### Kommunalpolit. Rundschau.

#### Die finanzielle Notlage der Gemeinden.

Der Deutsche Städtetag hielt dieser Tage eine Vorstandssitzung in Dresden ab, bei der folgende Entschlüsse gefaßt wurden:

„Die Finanzen aller öffentlichen Körperschaften des Reiches, der Länder und der Gemeinden befinden sich infolge des Krieges und seiner Nachwirkung in großen Schwierigkeiten. Es ist nur möglich, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, wenn in allen Verwaltungen, auf allen Gebieten äußerste Sparmaß-

gehalt wird, zugleich aber auch öffentliche Einnahmen zahlungsmäßig zwischen den verschiedenen Verwaltungen unter Berücksichtigung der ihnen obliegenden Pflichten verteilt werden. Der Deutsche Städtetag hält daran fest, daß die bisherige Finanzpolitik des Reiches eine Berücksichtigung der Interessen der Gemeinden und Länder durchaus vernachlässigt und erhebt gegen diese Politik schärfsten Einspruch, weil sie die Finanzordnung der Städte zu vernichten droht. Die Finanzpolitik des Reiches gegenüber den Städten und Gemeinden ist unmöglich. Der Deutsche Städtetag fordert das Reich auf, schleunigst den Gemeinden für die durch die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz veranlaßten Ausfälle Ersatz zu leisten. Wenn diese Steuerordnung nicht bald durch Verständigung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden gesichert wird, so steht der Zusammenbruch der Gemeinden bevor, für den das Reich verantwortlich ist.“

Zugleich wurde beschlossen, eine Deputation des Vorstandes an den Reichskanzler zu entsenden, um ihm die Lage in ihrem ganzen Ernste vorzuführen und vor allem die Forderung vorzutragen eine Grundlage zu suchen, um auch den Gemeinden Anteil an den Einnahmemöglichkeiten zu geben.

### Politische Neuigkeiten.

#### Churchill als Vermittler?

Churchill hat in Manchester eine Rede gehalten, in der er nach einer Reuter-Meldung im wesentlichen folgendes ausführte: „Woher gehen wir in Europa? Brauche der große Krieg die Sicherheit eines dauernden Friedens? Es führt zu nichts, bloß über den Frieden zu reden, wenn wir nicht einen solchen Kurs steuern, daß der Friede von den kämpfenden und leidenden Völkern der Welt tatsächlich vollendet, gesichert und aufrechterhalten wird und wenn wir nicht den besorgten und erregten Völkern der Welt ihren Anteil an der wiederkehrenden Sicherheit geben. Es ist nicht gut, sich auf das Dokument des Völkerbundes zu verlassen. Wenn wir Europa wieder auf die Füße stellen wollen, gibt es meiner Meinung nach nur einen Weg: es muß ein aufrichtiger Friede zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland bestehen. Es sei völlig verständlich, wenn die französische Politik in Schlesien und anderwärts in Bahnen geführt werde, die zu einigen Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und dem ritterlichen, heroischen, treuen Volke Frankreichs geführt haben. Wir müssen ihren Standpunkt verstehen lernen, weil tief im Herzen Deutschlands, sicherlich in seinen Unversitteten und in jenen mächtigen Kräften, die durch den Krieg entthront wurden, Ideen lauern, die dem Frieden Europas gefährlich sind. Wenn wir uns der vollen Früchte des Sieges, den England und Frankreich gemeinsam errungen haben, sichern wollen, so müssen wir Vereinbarungen treffen, die die Zusammenarbeit nicht nur von Frankreich, England und Deutschland allein, sondern vielmehr von Frankreich, England und Deutschland gemeinsam zum Zwecke der Wiederaufbauarbeit sichern werden. Lassen Sie es die Aufgabe Großbritanniens sein, das sich nicht den deutschen Gefahren gegenüberstellt, wie Frankreich und nicht von dem Groll empfindet, der in Deutschlands Herzen lauert, treu gegenüber Frankreich zu sein und nicht ungerecht gegenüber Deutschland. Lassen Sie es unsere Aufgabe sein, uns zu bemühen, die Erbitterung zwischen dem französischen und deutschen Volk zu mildern und Frankreich jenes Gefühl der Sicherheit zu geben, das ihm zur Ruhe verhilft und Deutschland das Gefühl nach dem Grundsatz des fair play behandelt zu werden, wodurch es ihm ermöglicht wird, die ungeheuren Gewalten zu beherrschen, die noch in seinem Innern lauern. Halten wir diese Richtung in den vor uns liegenden Jahren stetig, geduldig und freimütig mit Mut, Ehrlichkeit und Überzeugung bei. Lassen Sie es Großbritanniens Aufgabe sein, die gefährlichen Leidenschaften zu besänftigen, die noch reichlich in Europa vorhanden sind, um so die Welt auf der Grundlage des Sieges zu festigen, den unsere Jüngens erfochten haben.“

Nach einer Meldung sagte Churchill u. a. noch folgendes: Sobald die Exportwaren für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich verwendet würden, würden sie für die Eigentümer durchaus nutzbringend sein, da ein durch den Krieg geschaffenes künstliches Vakuum dadurch ausgefüllt würde. Eine Ausfuhr größerer Mengen deutscher Waren nach England würde jedoch zweifellos den englischen Ausfuhrhandel erheblich schädigen. Dies gelte auch von den Vereinigten Staaten. Deutschland lasse seine unterernährte Arbeiterschaft, um Kriegsschadung zu zahlen, Aberstunden machen und seine Fertigwaren ausführen. Je länger dieser Prozeß fortbauere, um so größer würde die industrielle Führerschaft Deutschlands werden auf Kosten der Lebens- und Arbeitsbedingungen der industriellen Bevölkerung Englands. Wenn es Deutschland gelingen sollte, während der nächsten 40 oder 50 Jahre seine Schulden an jedermann zu bezahlen, so würde Deutschland durch diesen Prozeß Herr jeden Marktes in der Welt und die größte Ausfuhrnation, die man je erlebt habe, geworden sein. Die Vereinigten Staaten würden andererseits, wenn sie alles, was ihnen geschuldet werde, erhalten, dadurch den eigenen Ausfuhrhandel zum größten Teil zerrummern. Wenn verhindert werden soll, daß in 20 oder 30 Jahren wieder ein furchtbarer Krieg ausbricht, dann gebe es nach seiner Ansicht nur ein Mittel: Zwischen England, Frankreich und Deutschland müsse wahrer Frieden herrschen!

#### Korfanty pfeift auf die ganze Welt.

Der Korrespondent des „Manchester Guardian“ hat Korfanty in seinem Stützquartier in Schoppinitz aufgesucht. Korfanty war gerade heiterer Laune, da er angeblich gute Nachrichten aus Paris erhalten hatte. Auf die Frage des Journa-

litten, was er über die Haltung der Entente dachte, antwortete kurz: „Ich stehe auf die ganze Welt. Wir haben schon erreicht, was wir wollten. Die Geschäfte sind gut abgelaufen, und wir setzen uns jetzt an die Einrichtung unserer Verwaltung und der ökonomischen Wiederherstellung. Unsere Betriebe arbeiten wieder, und wir haben neue Werke in Polen gefunden. Die meisten deutschen Beamten und Techniker sind auf ihren Posten geblieben. Wir haben in den deutschen Verwaltungen wenig verändert, nur die Kreisräte abgesetzt worden.“

Seit Montag haben sich in Tarnow, wie die Blätter aus Dypeln melden, heftige Kämpfe abgespielt. Polnische Insurgenten drangen unter dem Schutze des Feuers eines Panzersuges in einige Straßen der Stadt ein und verübten Plünderungen. Eine aus Bürgern der Stadt und Flüchtlingen gebildete Selbstschutzkompanie drängte die Insurgenten an die Ausgänge der Stadt zurück. Die französische Besatzung verhielt sich vollkommen passiv. Nachdem die Insurgenten gedroht hatten, die Stadt mit Geschützen zu beschießen, wurde Dienstagabend Tarnow besetzt. Auch Kattowitz befindet sich in erster Gefahr. Es haben schwere Beschießungen der Stadt stattgefunden, an denen sich drei polnische Panzerszüge beteiligten. Es verlautet, daß englische Stochtrupps gegen Königshütte und Kattowitz eingesetzt worden sind, um beide Städte von den Polen zu befreien.

Ins Kattowitz wird gemeldet: Die Nacht vom 6./7. Juni gehört zu den schwersten, die Kattowitz seit dem Ausbruch des Aufstandes erlebt hat. Nach der Nikolaistraße wurden während der Nacht vom Belagerungsviertel etwa 3000 Schuß aus Gewehren und Maschinengewehren abgegeben. Unter dem Maschinengewehrfeuer lagen auch die Hollestraße und die Emmastraße, sowie die Seingstraße. Der Sachschaden ist beträchtlich. Man erwartet, daß die Engländer heute oder morgen in Kattowitz eintreffen werden. Die Kämpfe im Kattowitzer Hafen, bei Hest und Sławęnsk seien sehr erdittert gewesen.

### Die polnische Kohlenfrage.

Oberstleutnant Revington erörtert im „Daily Telegraph“ den Zusammenhang von Kohle und Politik und kommt dabei auch auf die polnische Kohlenfrage und die Entscheidung über Oberschlesien zu sprechen. Der nicht gerade durch Deutschfreundlichkeit bekannte Artikelautor unterzieht die polnischen Ansprüche auf die Kohlenfelder einer scharfen Kritik. Er sagt u. a. folgendes:

„Deutschland hatte vor dem Krieg 48,6 Prozent der östlichen Kohlenfelder, Österreich 43,5 Prozent und Rußland 7,9 Prozent. Der Frieden veränderte die Situation völlig. Polen besitzt jetzt 52 Prozent, Deutschland 33 Prozent und die Tschechoslowakei 15 Prozent. Welche Ansprüche auch Polen auf Oberschlesien haben mag mit Rücksicht auf das Abstammungsergebnis, es hat keinen mit Rücksicht auf die Kohle, da es schon den Löwenanteil der schlesischen Kohlenfelder besitzt. Wenn es seinen Anteil nicht in wissenschaftlicher Weise ausgebeutet hat, so ist dies natürlich kein Grund, ein junges Staatswesen zu tadeln, aber es ist auch kein Grund, warum es Polen nach den Bergwerken derjenigen gelassen sollte, denen sie jetzt gehören. Die deutschen Sachverständigen, die die Kohlenfelder gut kennen, glauben, daß Polen mit Leistung 22 Millionen Tonnen im Jahr aus seinem Gebiet fördern könnte, anstatt der Hälfte dieser Menge, die es jetzt produziert. Und es ist geographisch beinahe so gut gelegen wie Oberschlesien, um seine Förderung auf den Markt zu bringen, soweit es sie nicht zu Hause verbrauchen kann, und es ist noch besser daran, wenn Rußland an die Wiederherstellung geht. Aber nicht nur Polen und Deutschland sind an diesem Bergbau interessiert. Mitteleuropa einschließlich Italien kann nicht herein willigen, der ober-schlesischen Förderung beraubt zu werden. Aber anzunehmen, daß Polen, das aus seinen eigenen Bergwerken so geringen Nutzen gezogen hat, die Kohle für den heimischen Verbrauch und für Mitteleuropa, für Deutschland und für Reparationszwecke nach den vertraglichen Verpflichtungen erzeugen kann, das würde ein größeres Sachverständnis in der Verwaltung und der Entwicklung der Bergwerke auf polnischer Seite voraussetzen, als viele Leute zu glauben geneigt sein werden. Man muß auch daran erinnern, daß die Bedürfnisse Mitteleuropas und Italiens wahrscheinlich jedes Jahr zunehmen werden, besonders im Falle Italiens, nach dem Jahre 1920, wenn sein Bezugsrecht auf deutsche Kohle erlischt; und eine Entschärfung des Obersten Rats, die nicht dafür sorgt, daß diese Bedürfnisse sichergestellt werden, wird größere Schwierigkeiten schaffen, als der Rat gegenwärtig zu überwinden hat. Es ist daher außerordentlich wichtig, daß diese Tatsachen in Erwägung gezogen werden bei jeder Festsetzung, die getroffen werden mag.“

### Zum „Matin“-Interview des Reichskanzlers.

Der Sinn des von der „Rostischen Zeitung“ wiedergegebenen Interviews des Reichskanzlers mit dem Vertreter des „Matin“ ist, wie letzterer mitteilt, infolge eines Übersetzungsfehlers an einer Stelle etwas verändert. Der Reichskanzler sprach die bestimmte Erwartung aus, daß die Entwaffnung in Bayern hinsichtlich der Maschinengewehre und der anderen schweren Waffen reiflos durchgeführt werde und daß auch die Gewehre zum allergrößten Teil noch im Juni erfasst würden. Er sagte dabei nicht, daß es unmöglich sei, die bayerischen Bauern zu verhindern, ihre Flinten zu behalten, sondern machte nur den Zusatz darüber, daß es vielleicht schwer sein werde, auch das letzte Gewehr aufzufinden.

### Die Neuregelung der Brotversorgung.

Im volkswirtschaftlichen Ausschuss wurde gestern die im Regierungsentwurf über die Neuregelung der Brotversorgung vorgesehene Fassung angenommen, wonach die Umlage durch Lieferung von Brotgetreide, Gerste oder Hafer erfüllt werden kann und hierbei Lieferungen von Hafer nur zu Dreifünftel auf die Umlage angerechnet werden. Ferner wurde ein Antrag Kaeppler (Soz.) angenommen, daß außer Händlern und landwirtschaftlichen Genossenschaften Organisationen anderer Art bei der Aufbringung nicht beteiligt werden sollen. Ziel unstritten war eine Bestimmung, wonach die Erzeuger für richtige Erfüllung ihres Liefervertrags mit ihrem gesamten Vermögen haften. Der Zusatz „mit dem gesamten Vermögen“ wurde gestrichen, doch wurde als einmütige Meinung des Ausschusses festgestellt, daß eine wirksame Haftung der Erzeuger durchgeführt werden soll. Die Haftung der Länder, die Kontrollbestimmungen, sowie alle übrigen auf die Aufbringung der Umlage bezüglichen Paragraphen wurden gemäß der Regierungsvorlage angenommen. Die erste Lesung ist damit beendet.

Nach einer lebhaften Debatte wurde ein Antrag Herz und Genossen (U. S. P.), Rollenbuhr und Genossen (Soz.) und Weber (Zentz.), der forderte, daß der außerordentlichen Belastung aller ärmeren Schichten, die bei der zu erwartenden Annäherung der Preise an die Weltmarktpreise eintreten müßte, durch gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz der Lohn- und Rentempfänger Rechnung getragen werden solle und

daß außerdem die durch die Annäherung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise zu erzielenden Mehrerträge für die Allgemeinheit sichergestellt werden sollen, angenommen. In der unmittelbar sich anschließenden zweiten Lesung wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Wiederherstellung der Regierungsvorlage bezüglich der Höhe der Umlage im Betrage von 3 Millionen Tonnen forderte, mit 14 gegen 18 Stimmen angenommen. Der Gesetzentwurf wurde schließlich mit einigen Änderungen auch in der zweiten Lesung genehmigt.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Cuno (D. Vp.) erklärte der Reichsernährungsminister Dierkes, daß er niemals einen Zweifel über seine prinzipielle Stellung zur freien Wirtschaft gelassen habe, daß er jedoch nicht in der Lage sei, schon jetzt eine verbindende Erklärung namens des Reichskabinetts abzugeben. Persönlich glaube er, daß, wenn nicht ganz unvorhergesehene Umstände eintreten, das Umlageverfahren der erste Schritt in die freie Wirtschaft für 1922 sein werde.

## Kurze polit. Nachrichten.

Der Volkstentcheid. Der Rechtsausschuss des Reichstags begann die Beratung des Gesetzentwurfes über den Volkstentcheid. In der Spezialbesprechung wurden einige redaktionelle Änderungen bezüglich des Paragraphen beschlossen, der die Fälle enthält, in denen ein Volkstentcheid stattfinden soll.

Der Finanzminister-Ausschuss. Im Reichsfinanzministerium ist gestern ein Ausschuss der Finanzminister der Länder mit dem Reichsminister zusammengetreten, um die Forderung der Länder nach einem größeren Anteil an der Reichseinkommensteuer und im Zusammenhang damit die Frage der Abgrenzung der Steuerkompetenz zwischen dem Reiche und den Ländern zu besprechen. Außerdem gehört zu dem Kreis der Beratungsgegenstände auch das neue Steuerprogramm der Reichsregierung, das ja unter Umständen auch die Rechte der Finanzhoheit der Länder berührt. Dem Ausschuss gehören die Finanzminister von Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Sachsen an. Für die Beratung sind mehrere Tage in Aussicht genommen.

Der deutsche Botschafter Mayer besuchte gestern vormittag den Ministerpräsidenten Briand, dem er das Bedauern seiner Regierung über den Zwischenfall ausdrückte, dessen Opfer am vergangenen Dienstag eine französische Patrouille in Oberschlesien wurde und bei dem Soldaten des Generals Höfer die französischen Soldaten für polnische angesehen hätten.

Die Leipziger Kriegsprozesse. Vor dem Reichsgericht hat der fünfte Kriegsschuldigenprozess begonnen. Er richtet sich gegen den Studenten der Rechtswissenschaft Max Rambold aus Leipzig, der beschuldigt ist, in der Zeit vom November 1917 bis Februar 1918 in Geerardsbergen in Belgien, während er Beamter der geheimen Feldpolizei war, sich der Freiheitsbewegung und Körperverletzung schuldig gemacht zu haben und zwar dadurch, daß er in einer Unterredung Jangsmittel angewendet hat, um Gefängnisse zu erschaffen, vor allem auch Kinder unterhaltensmäßig lange in Haft behalten zu haben.

Zur Ermordung Rosa Luxemburgs. Vor einigen Tagen wurde in Berlin auf Anordnung der Staatsanwaltschaft ein Leutnant Krall verhaftet, der der Mittäterschaft an der Ermordung Rosa Luxemburgs verdächtig ist. Gestern ist nun der frühere Jäger Rung, der unter dem gleichen Verdacht stand, in Schutzhaft genommen worden. Er wurde, als er auf dem Arbeitsnachweis des Metallarbeiterverbandes erschien, von mehreren Personen erkannt und tätlich angegriffen. Als er auf die Straße flüchtete, fiel man dort abermals über ihn her, rief ihm die Wiederholung des Leibes und mißhandelte ihn. Der Schutzpolizei gelang es schließlich, Rung zu befreien und nach der Alexanderstraße zu bringen. Gegen Mittag wurde er dann zur Vernehmung in das Berliner Polizeipräsidium übergeführt.

## Badische Übersicht.

### Badischer Landtag.

Der Haushaltsausschuss setzte die Beratungen über das Verteilungsgesetz fort. Eine längere Debatte entspann sich über den § 7, betr. die Ausgestaltung der Vergütungssteuer. Es wurde erwogen, die großen Sportveranstaltungen, wie Internationale Wettspiele, zur Vergütungssteuer heranzuziehen. Ein Antrag, daß die Gemeinden die Vergütungssteuerordnung zu erlassen habe, wird einstimmig angenommen, ebenso der Antrag, daß 20 Proz. des Ertrags an die Kreisassen abzuliefern sind, mit 11 gegen 5 Stimmen. Ein Zusatzantrag, daß, wenn die Jahresbeträge 100 M. nicht übersteigen, der Betrag den Gemeinden verbleibt wird mit 9 Stimmen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die von den Gemeinden erlassenen besonderen Vergütungssteuerordnungen sollen der Genehmigung des Ministeriums des Innern und der von ihm beauftragten Behörden unterliegen.

### Das neue badische Ertragssteuergesetz.

Auf Veranlassung der Handelskammer Karlsruhe hielt in deren dichtbesetzten großen Sitzungssaal Landtagsabgeordneter Freudenberg vor den Mitgliedern sämtlicher Ausschüsse der Kammer sowie vor den Vertretern der gleichfalls eingeladenen wirtschaftlichen Verbände einen Vortrag über das neue badische Ertragssteuergesetz, das fortan den Namen „Grund- und Gewerbesteuer“ führen wird. Von besonderem Interesse sind für die Öffentlichkeit die Mitteilungen, die Herr Freudenberg über das Ergebnis der soeben beendeten ersten Lesung des Gesetzentwurfes im Haushaltsausschuss des Landtags machen konnte.

Besondere Schwierigkeiten bereitete es, einen Ausgleich zwischen den Goldmarkwerten und den Papiermarkwerten zu finden, die der Steuerbelastung zugrunde liegen. Dieser Ausgleich muß durch die Höhe des Steuerfußes gefunden werden. Der Ausschuss hat die im Regierungsentwurf vorgesehene absolute Höhe gestrichen. In das Gesetz wird lediglich ein Belastungsschlüssel aufgenommen werden. Alljährlich soll von Land und Gemeinden der Steuerfuß für das landwirtschaftliche — und das gewerbliche Betriebsvermögen und Gebäude festgesetzt werden. Jede Gemeinde ist an sich frei in der Höhe der Bemessung des Steuerfußes für ihren Bedarf. Die einzelgeschätzten Grundstücke sollen mit dem 1/5fachen Steuerwert herangezogen werden, der Wald mit dem 2/5fachen Steuerwert, und zwar für Land und Gemeinde, und das klassifizierte Grundvermögen für die Landesbesteuerung mit dem 2/5fachen, für die Gemeinde mit dem 2/5fachen Steuerwert. Nur für die Kreisbesteuerung sollen durchweg 10 Pfennig für alle Vermögensarten auf 100 Mark Steuerwert erhoben werden. Wenn die Kreise über 10 Pfennig erheben wollen, sollen sie die Zustimmung des Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums einholen. 20 Pfennig soll der Kreissteuerfuß aber nicht übersteigen dürfen.

In dem Regierungsentwurf war vorgesehen, daß die Gemeinden neben den Ertragssteuern oder an ihrer Stelle Betriebssteuern in beliebiger Höhe erheben können. Der Vorstand einer Vertretung der Handelskammer hatten die Ministerien

des Innern und der Finanzen schon erklärt, daß es sich dabei um Ausnahmefälle handeln solle. Ein vollkommener Verzicht auf die Betriebssteuer war nicht zu erreichen. Vor allem im Oberland sollen viele Gemeinden durch den Zugang von Industrie eine außerordentliche Belastung erfahren haben. Als Beispiel wird besonders Badisch-Rheinfelden angeführt. Der Ausschuss nahm mit Mehrheit in der 1. Lesung folgende Fassung an: „Wenn und inwieweit einer Gemeinde durch die Anlage oder Erweiterung eines gewerblichen Unternehmens besondere Lasten in erheblichem Umfang erwachsen, oder seit 1. Januar 1915 erwachsen sind, so ist diese Gemeinde berechtigt, von diesen Unternehmen neben der Ertragssteuer besondere Betriebssteuern zu erheben. Steuern, die nach der Anzahl der Beschäftigten erhoben werden, sind unzulässig. Das Nähere wird durch ein besonderes Gesetz geregelt.“

Bisher war das gewerbliche Betriebsvermögen nur bis zu 1000 M. steuerfrei. Die Vergünstigungen des landwirtschaftlichen Betriebsvermögens aber waren so weitgehend, daß 94 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe seit 1906 in Baden keine Gewerbesteuer bezahlten. Die Freigrenzen sind bei der ersten Lesung dahin geregelt, daß das gewerbliche Betriebsvermögen bis zu 10 000 M., das land- und forstwirtschaftliche bis zu 25 000 M. steuerfrei bleiben soll. Der Steuerwert ermäßigt sich bei gewerblichen Unternehmungen mit höchstens 15 000 M. Betriebsvermögen um 66 2/3 Prozent, bei 20 000 Mark um 50 Prozent, bei 30 000 M. um 30 Prozent, bei höchstens 40 000 Mark um 15 Prozent. Über 40 000 Mark soll das gewerbliche Betriebsvermögen zum vollen Wert heranlagern. Bei dem land- und forstwirtschaftlichen Betriebsvermögen wird bis 30 000 M. eine Ermäßigung um 80 Prozent, bei 40 000 M. eine solche von 50 Prozent und bei 80 000 M. von 15 Prozent ausgedehnt. Über 80 000 M. tritt die volle Veranlagung ein. Die der Landwirtschaft bisher gewährte Freilassung von Realien aller Art soll nicht mehr zulässig sein.

Von den wissenschaftlichen Berufen soll in Zukunft nur der der Ärzte von der Gewerbesteuer befreit bleiben. Auch die Rechtsanwälte sollen gewerbesteuerpflichtig werden.

Bisher waren die landwirtschaftlichen u. Handwerkerberufsgenossenschaften in gewissem Umfang steuerfrei. In dem neuen Gesetzentwurf wird keine Steuerfreiheit für Genossenschaften mehr anerkannt, mit Ausnahme der Baugenossenschaften, die nur als Wohnungsabteilungen der Gemeinden zu betrachten sind. Die Sparfassen bleiben weiter steuerfrei. Auch der Mannheimer Sitzzentrale ist bei der ersten Lesung diese Vergünstigung zugesprochen worden.

Am heftigsten umstritten war der § 47 des Gesetzes, der die Behandlung der laufenden Schulden und der Kapitalertragssteuerpflichtigen Vermögenssteile regelt. Der Regierungsentwurf sah vor, daß der Überschuß der Kreditoren über die Debitoren in voller Höhe von den Warenbeständen abgezogen und ebenso der gesamte Effektenschatz und die Bankguthaben freibleiben sollten, weil sie schon durch Kreissteuern belastet werden. Bei der ersten Lesung wurde der laufende Geschäftsschuldenabzug dahin eingeschränkt, daß der Überschuß der Kreditoren über die Debitoren bis zur Hälfte der Warenbestände abgezogen werden kann. Es wird jedoch versucht werden, in der zweiten Lesung den vollen Schuldenabzug wieder herzustellen. Handel und Industrie betrachten es, so bemerkt der Redner weiter, als eine große Ungerechtheit, daß die Bankschulden nicht in ihrem vollen Umfang abgezogen werden können, sondern vermindert werden müssen und obendrein der Progression unterliegen.

Die Relation zwischen Ertrag des Betriebsvermögens und Steuerleistung hat man durch eine Ergänzung des Härteparagraphen herbeizuführen gesucht, die besagt: „Reist ein Steuerpflichtiger nach, daß die nach diesem Gesetz vom Betriebsvermögen zu zahlende Steuer 20 Prozent des der Einkommens- oder Körperverpflichtigen unterliegenden Ertrags der Unternehmung nach dem Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre übersteigt, so ist der 20 Prozent übersteigende Betrag nicht zu erheben.“ Welches Schicksal diese Bestimmung bei der zweiten Lesung erfahren wird, ist aber noch ungewiß. Insbesondere bemängelt der fundierte Befiz, daß für ihn eine solche Relation nicht gefunden werden ist.

In der nachfolgenden Aussprache wurde dem Vortragenden eine Reihe von Wünschen von Handel, Industrie und Gewerbe zur Berücksichtigung bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes übermittelt.

### Verband Südwestdeutscher Industrieller.

Am 2. Juni fand in Baden-Baden die 43. ordentliche Plenarversammlung des Direktoriums des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller statt. Als Vertreter der Regierung nahmen an den Verhandlungen teil Ministerialrat Föhrenbach und Oberregierungsrat Kohlmeier vom Badischen Ministerium des Innern und Regierungsrat Dörner von der Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe.

Nach Erledigung einer Reihe persönlicher und geschäftlicher Angelegenheiten berichtete Amtmann Dr. Leuz, der Geschäftsführer der Badischen Landesbauaufsichtsstelle Mannheim über die Tätigkeit der genannten Stelle und über die geplante Gründung einer Schiffsbedarfsgesellschaft. Einen weiteren Beratungsgegenstand bildete die badische Wirtschaftsvertretung in Berlin. Anschließend erfolgte eine Aussprache über die Förderung des Exports der badischen und sübwestdeutschen Industrie.

Eingehend besaßte sich das Direktorium mit den überaus nachteiligen Wirkungen der durch die Errichtung der Rhein-Sollinie herbeizuführenden Verhältnisse und stimmte einmütig folgender Resolution zu:

„Die am 2. Juni in Baden-Baden tagende 43. ordentliche Plenarversammlung des Direktoriums des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller fordert die Reichsregierung dringend auf, bei den Verhandlungen in London und Paris Einspruch gegen das Weiterbestehen der „Sanktionen“ zu erheben.“

Nachdem die Bedingungen des Londoner Ultimatum von der deutschen Regierung anerkannt und unterschrieben worden sind, ist jeglicher Grund für das Fortbestehen der „Sanktionen“ hinfällig geworden. Die willkürlich am Rhein errichtete Sollinie, welche das deutsche Wirtschaftsleben zu zerschneiden droht, muß fallen! Es muß gefordert werden, daß die im Friedensvertrag nicht vorgesehene Besetzung von Düsseldorf und den anderen Gebieten sofort zurückgezogen wird, und daß die in den meisten Ländern der Alliierten erlassenen Bestimmungen über die Beschlagnahme von 50 Prozent des Wertes der aus Deutschland eingeführten Waren gleichfalls sofort aufgehoben werden, zumal sich die deutsche Regierung entsprechend dem Londoner Ultimatum mit einer 26-prozentigen Ausfuhrabgabe auf die deutsche Waren einverstanden erklärt hat!

Das Direktorium des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller erwartet bestimmt, daß sich die Reichsregierung im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens, welches alle Kräfte anspornen muß, um die fast unmöglichen Forderungen des Ultimatum zu erfüllen, mit allem Nachdruck dafür einsetzen wird, daß die „Sanktionen“ aufgehoben werden.“

Der Vorstand des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller Dr. Wiedemann wurde die Frage, ob und welche Anträge

Stellungsvorrichtungen durch die Hersteller der Maschinen mitzuliefern sind, ausführlich erörtert und beschlossen, die Angelegenheit zur weiteren Beratung an den Sachausschuß des Verbandes für die Maschinenindustrie zu verweisen.

Über die Förderung des Wohnungsbaus und die Mietsteuer erstattete Fabrikant Karl Schindler-Windschlag, Vorsitzender des Ständigen Sachausschusses des Verbandes für die Baustoffindustrie ein interessantes Referat; er beantragte die völlige Aufhebung der Zwangsverpflichtung der Baustoffe. Das Direktorium beschloß, erneut mit dem Arbeitsministerium in Verbindung zu treten und eine Abordnung des Verbandes zwecks persönlicher Besprechung zum Arbeitsministerium in Kürze zu entsenden.

Über Eisenbahn- und Tarifangelegenheiten berichtete einleitend der zuständige Delegierte des Verbandes, Dr. Hartmann-Mannheim. Die gerade die badische und südwestdeutsche Industrie außerordentlich schwer treffenden gewaltigen Frachterhöhungen gaben Anlaß zu eingehenden Besprechungen, insbesondere wurde auch die Lage der badischen Blumenindustrie im Zusammenhang mit der Tarifrevision der deutschen Eisenbahnen behandelt und vom Direktorium die dringende Forderung erhoben, daß namentlich in denjenigen Fällen, in denen durch die weitgehenden Tarifserhöhungen die Konkurrenzfähigkeit einzelner Industriezweige stark beeinträchtigt wird, in denen Betriebsbeschränkungen herbeigeführt werden und unter Umständen sogar die Gefahr der Vernichtung eines ganzen Industriezweiges besteht, die ständige Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen ihre Beschlüsse einer Revision unterziehe.

Über die wichtige Kohlenfrage und die Energieversorgung Badens sprach unter gleichzeitiger Erläuterung im Versammlungssaal ausgehängter Zeichnungen und Tabellen der Leiter der Badischen Landeskohlenstelle, Oberingenieur Gleichmann-Mannheim. Die vom Redner gegebenen Anregungen werden vom Verband weiter verfolgt und behandelt werden.

Nachdem sodann noch über eine Reihe von Spezialanträgen einzelner Industriezweige beraten und Beschluß gefaßt worden war, wurde die Sitzung vom Vorsitzenden um 7 Uhr mit Worten des Dankes geschlossen.

Am Freitag, den 3. Juni, schloß sich an die Verhandlungen eine gemeinsame Besichtigung der Betriebe der Verbandsfirma; Benzwerke Gaggenau, an.

## Kurze Nachrichten aus Baden.

### Eisenbahn-Verkehrshemmnisse.

In der Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober ist der Städtgüterverkehr — Eil- und Frachtdienst — nach der Zentralmarkthalle in Berlin gesperrt. Während der Sperrzeit müssen die Güter nach Berlin Anb. Gbf. oder Berlin Potsd. Gbf. aufgegeben werden.

DZ. Mannheim, 9. Juni. Die Sammlungen zugunsten der Deutschen Kinderhilfe hatten in Mannheim die Summe von 556 800 Mark erbracht. Wie Stadtrat Voeltge im Ausschuß für Kinderhilfe mitteilte, ist es nunmehr erreicht worden, die ganze Summe restlos für die Mannheimer Kinderhilfszwecke zu benutzen.

DZ. Mannheim, 9. Juni. Der Verband deutscher Hausfrauenvereine strebt mit ganzer Kraft dahin, daß die vaterländische Pflicht, keine ausländischen Luxuswaren zu kaufen, sich zu einer für das ganze deutsche Volk erfassenden Bewegung ausbreite. Zu diesem Zwecke hat der Mannheimer Hausfrauenbund eine Eingabe an das badische Ministerium für Kultus und Unterricht gerichtet, in der zu diesem Zwecke die Mitwirkung der Schulen gefordert wird. Es soll bei den Kindern in wenigen eindringlichen Sätzen an Hand des Zahlenmaterials auf die ungeheure Einwirkung auf unser Wirtschaftsleben und die Steigerung der Arbeitslosigkeit hingewiesen werden.

DZ. Freiburg i. Br., 9. Juni. In Gegenwart des Staatspräsidenten und Justizministers Kraut wurde gestern das neue Justizgebäude von der Bauleitung offiziell den Justizbehörden mit einer internen Feier übergeben.

## Aus der Landeshauptstadt.

Die Abteilung Karlsruhe der Deutschen Kolonialgesellschaft hielt am vergangenen Freitag im Friedrichshof ihre Generalversammlung ab, in der der Vorsitzende, Geheimrat von Oetelhausen, zunächst über die diesjährige Vorstandswahl und Hauptversammlung der Gesellschaft in Nürnberg berichtete. Die Hauptgeschäftswörter in der Lage der Gesellschaft bestehen zurzeit in finanzieller Beziehung. Zu deren Behebung ist ein Finanzausschuß gebildet worden, der Vorschläge zur Deckung des beträchtlichen Defizits und zur Vornahme von Ersparnissen in der Verwaltung der Zentralstelle machen soll. Trotz Neugründung einiger Abteilungen im vorigen Jahre und stellenweiser bedeutender Zunahme im Mitgliederbestand einzelner Abteilungen, ist im allgemeinen doch ein nicht unbeträchtlicher Rückgang in der Mitgliederzahl vorhanden. Immerhin war die allgemeine Stimmung in der Nürnberger Versammlung eine durchaus zuversichtliche und hoffnungsvolle, zumal im Hinblick darauf, daß in unserer ehemaligen südafrikanischen Kolonie die Tätigkeit der Kolonialgesellschaft sowohl in der Krankenpflege, als auch auf dem Gebiete des Schulwesens, sich nach wie vor zum Besten der dort noch vorhandenen großen deutschen Ansiedlerschaft ungehindert entwickeln kann.

Der sich hieran anschließende Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit und finanzielle Lage der Abteilung Karlsruhe im abgelaufenen Vereinsjahr ergab infolgedessen kein erfreuliches Bild, als die Mitgliederzahl auch hierorts fast im Rückgang befindlich und der Vorstand infolgedessen gezwungen ist, zur Deckung des Defizits in steigendem Maße das Vereinsvermögen anzugreifen. Im Anschluß an die von vollen Verständnisse der Lage und tiefem nationalen Empfinden getragenen Ausführungen des Vorstandsmitgliedes Geheimrat Bärklin wurde beschlossen, in eine erneute energische Werbetätigkeit einzutreten und besonders auch die Jugend zu tätiger Anteilnahme heranzuziehen. Der Vorstand wurde wieder gewählt und durch einige neue Mitglieder ergänzt.

Landestheater. Man schreibt uns aus der Theaterkanzlei: Zu der von einem hiesigen Blatte gebrachten Nachricht, daß dem Grundfab der Sparbank zuwider, für den Sommer Operettenträfte mit sehr hohen Gagen verpflichtet worden seien, teilt uns die Generaldirektion mit: Unter den 15 für die Sommeroprette verpflichteten Künstlern befinden sich nur zwei, und zwar erste Kräfte, deren Gehalte die in Deutschland normalen Operettengagen übersteigen. Diese wurden aus Wien verpflichtet, um die vielen Hindernisse entsprechend auf diesem Wege zu vermeiden, der Sommeroprette eine besondere Anziehungskraft zu verleihen.

Landestheater. Der Verwaltungsrat hat genehmigt, daß Herr Kammerjäger und Regisseur Hans Burkard künstlerisch die Amtsbezeichnung „Oberregisseur“ führt.

## Badische Gemeindefchau.

DZ. Heidelberg, 9. Juni. In der gestrigen Bürgerausschuss-Sitzung wurde genehmigt, daß Heidelberg sich an einer allgemeinen badischen Städteabgabe für die Oberstufenhilfe beteilige. Die Höhe der Summe steht noch nicht fest, soll aber nach einem einheitlichen Schlüssel erfolgen, wonach etwa 200 bis 300 M. auf je 1000 Einwohner kommen, so daß auf Heidelberg voraussichtlich gegen 20 000 M. entfallen.

DZ. Wiesloch, 9. Juni. Die Stadtgemeinde erstellt in diesem Jahr neun Doppelhäuser mit 18 Doppelwohnungen. Der Bürgerausschuß bewilligte gestern des weiteren den Bau eines Doppelwohnhauses mit 4 Zweizimmerwohnungen, sowie ein Doppelhaus mit ausgebautein Dachstuhl mit zusammen 6 Dreizimmerwohnungen und genehmigte 83 000 M. für den unrentierlichen Teil der Bautkosten, die 660 000 M. betragen. Der Ausschuß sprach sich gegen die Beteiligung an einer Siedlungsgesellschaft aus, wofür Ministerialrat Imhof und Regierungsrat Specht kürzlich hier eingetreten waren und will weiter in eigener Regie bauen. — Die Mahngebühren für Schulversäumnisse wurden auf 2-5 M. erhöht.

DZ. Baden-Baden, 9. Juni. Der Stadtrat genehmigte den Aufwand für alle Bezugsberechtigten zu den Ruhegehältern und Hinterbliebenenbezüge der Beamten usw. im Betrage von rund 72 000 M. jährlich. — Der Gemeinnützigen Bauengesellschaft wird zum Zwecke weiterer Unterstützung ihrer Tätigkeit und der Erlangung gleichhoher Staatsbeiträge ein Darlehen von 50 000 M. in Form der Übernahme von nochmals 250 Stammanteilen zur Verfügung gestellt. — Eine neue Milchverordnungsordnung, wirkend vom 1. Juni d. J. wird erlassen und bekannt gegeben. — Bei dem Ministerium des Innern wird die allgemeine Verlängerung der Polizeistunde bis 12 Uhr beantragt. — Der Anteil der Stadtgemeinde für das Rechnungsjahr 1920 am Unterstützungsauflauf — Bauunterstützungen — für Erwerbslose beträgt 51 500 M.

## Badische Zeitungsstimmen.

Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Meinungen und Ansichten, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.

### „Se. Hoheit Prinz Eitel Friedrich und Herr Erzberger.“

Unter dieser Überschrift schreibt der „Freiburger Bot“: Das Bestreben der Deutschnationalen und vor allem der deutschnationalistischen Presse, die Steuerhinterziehungssache und Kapitalfluchtfrage einzelner Mitglieder des ehemals kaiserlichen Hauses zu einer Art Verfolgung Insaubiger zu stempeln, hat dazu geführt, daß sich an den Prozeß des Prinzen Eitel Friedrich ein recht interessantes Nachspiel knüpfte. Mit der Verhängung einer recht ansehnlichen Strafe über den Prinzen war, so hätte man glauben können, der Gerechtigkeit Genüge geschehen, und man hätte den Fall zu den übrigen legen können.

Wenn im deutschnationalen Lager überhaupt jemals Sinn für politische Klugheit vorhanden gewesen wäre — man ist in diesen Kreisen immer nur in der Parteilichkeit groß, — so hätte man sich vorichtigweise gesagt, daß Neben Silber und Schweigen Gold ist, und hätte den Spruch des Gerichtes ohne weitere Erörterung hingenommen. Statt dessen hielt es in der deutschnationalistischen Presse, der Prinz Eitel Friedrich habe zwar eine Geldstrafe zu erleiden, moralisch verurteilt aber seien die Stabalmadler im Reichstag vom November 1920. Das bezieht sich auf jene Debatten, die im Anschluß an das Bekanntwerden der großzügigen Kapitalunterstützung der Firma Gruber und Co., die auch die Vermittlungsstelle für den Prinzen Eitel Friedrich gewesen ist. Am weitesten aber ging die „Deutsche Tageszeitung“, die trotz des Urteils erklärte, daß auf den Prinzen kein Mordel stehe.

Wenn man sich erinnert, wie leidenschaftlich die rechtsstehende Presse den Stand der deutschen Richter gegen Angriffe von links in Schutz zu nehmen pflegt, wenn von dort her der Vorwurf der Klassenjustiz erhoben wird, so ist demnach den Deutschnationalen zu unterstellen, daß sie auch das gegen den Prinzen Eitel Friedrich ergangene Urteil an sich als gerechtfertigt nicht betrachten können. Damit erhebt sich aber ein nicht zu lösender Widerspruch zu der vorher zitierten Äußerung, daß der Prinz „untadelig“ aus seinem Prozeß hervorgegangen sei, aber Folgerichtigkeit ist ja nie Sache der Deutschnationalen gewesen, wenn es ihr eigenes Interesse gilt. Es ist daher sehr begrifflich, wenn die „Germania“ den Bericht, Erzberger in Gegensatz zu dem Hohenzollernprinzen zu bringen, damit beantwortet, daß sie eine Äußerung des deutschnationalen Abgeordneten Grafen aus dem Reichstag zitiert, der gesagt hat, daß Kapitalflucht in den Augen der Deutschnationalen immer ein gemeines Delikt und ein Verstoß gegen den Ehrbegriff sei. Die Wfabur ist wirklich vernehmlich, und man kann daher den Deutschnationalen nur raten, ihr fürwärtiges Verhalten zu ändern, damit nicht aus einer bisher verhältnismäßig glimpflich verlaufenen Sache eine für sie recht peinliche Affäre entsteht.“

## Freie Aussprache.

Wir veröffentlichen unter dieser, vom übrigen redaktionellen Teil abgegrenzten Rubrik beschränkte Darlegungen und Anregungen aus allen Parteilagern, um auf diese Weise eine freie Aussprache zu ermöglichen. Selbstverständlich bewegt sich diese Rubrik außerhalb der politischen Verantwortung der Redaktion.

## Beiträge zur Schuldfrage.

Von Chefredakteur A. Becker-Adolfszell.

Als so drei Jahre hindurch der Boden vorbereitet war, begnügte sich Northcliffe nicht mehr mit dem einen Korrespondenten in Petersburg. Eine ganze englische Journalistengruppe arbeitete vielmehr die letzten 6 Friedensjahre in der russischen Hauptstadt und bediente von da aus ganz im Geiste Northcliffes und Sumarins die englische Presse. Außerdem verband es Northcliffe auch, die in England lebenden russischen Schriftsteller für seine Zwecke heranzuziehen. So, selbst russisch-polnische Flüchtlinge und sogar Anarchisten und Nihilisten hing er ein und wußte sie davon zu überzeugen, daß die Verbindung mit England den russischen Fortschritt bedinge, so daß selbst diese Elemente in den englischen liberalen Zeitungen in allen Tönen das Lob Russlands sangen und für alle Mißstände Deutschland mit seiner „ökonomischen Unterdrückungspolitik“ verantwortlich machten. Einige Jahre vor dem Krieg starb nun Sumarin. Da begab sich der Vertreter Lord Northcliffes schleunigst nach Petersburg, um mit dem neuen Chefredakteur der „Nowoje Wremja“ die alten Verträge zu ratifizieren. Und als dieser Vertreter nach London zurückkam, da brachte er ein ganzes Teil Nowoje Wremja-Mitien mit, die er für die Harns-worts-Brosche gekauft hatte. Seitdem war Northcliffe der unbeschränkte Herr und Meister in der Redaktion des russischen Blattes.

Wer auch Frankreich verband der englische Lord in seine anti-deutsche Presseschwörung einzuziehen. Die „Times“ standen mit der Londoner Redaktion des „Matin“, einem der verlogensten Blätter Frankreichs, in engster Beziehung, und alle Auslandsbelegungen des englischen Blattes wurden freitags von dem französischen Blatte bis auf den heutigen Tag übernommen. Aber das genügte Northcliffe noch nicht. Er wollte den Nachrichtendienst noch viel strenger in seiner Hand zusammenfassen und schuf deshalb die Pariser Presse-Zentrale. Alle englischen Korrespondenten in Brüssel, Berlin, Wien und auf dem Balkan wurden nun gezwungen, ihre Nachrichten nach Paris zu leiten. Dort wurde das Material gesichtet, redigiert und kommentiert, und ging dann von da aus den englischen Blättern und aus ihnen erst dann wieder der französischen Presse zu. Auch die Reuters-Korrespondenten hatten von London aus direkte Befehle, ihre Nachrichten alle in einem ganz bestimmten Sinne abzufassen. Und in den letzten Monaten vor dem Krieg waren tatsächlich die Berichterstatter der „Times“ und der „Daily Mail“ die Korrespondenten der englischen Presse. Alle Erfindungen und Lügen über die Mittelmächte fanden so weitest Verbreitung in England und nahmen von da aus durch Reuters den Weg in die ganze Welt.

Und warum Lord Northcliffe die wüste Presselampagne mit einem so ungeheuren Apparat gegen Deutschland eingeleitet hat? Aus Geschäft, aus reinem, struppellosem Geschäftsinteresse. Wie die Londoner und Pariser Machthaber seine „Arbeit“ bezahlt haben, ist zwar nie recht bekannt geworden, wohl aber, wie das dankbare Ausland die Arbeit des englischen Zeitungslords anerkannt hat. Bis in den Krieg hinein erschien Jahre lang in der „Times“ eine russische Beilage, der „Russian Supplement“. Diese Ausgabe, in der von herüberer Feder alles verherlicht wurde, was russisch war, ist mit dem russischen Regierungskampfe verbunden und wurde auf allen russischen Bahnhöfen in vielen Tausenden von Exemplaren als russisches Regierungsdokument verkauft. Die russische Regierung gab dem Supplement gut bezahlte amtliche Annoncen, und diese Unterstützung hat es den „Times“ ermöglicht, ihren Preis von drei auf einen Penny zu erniedrigen. Die Folge davon war, daß die Auflage von 70 000 zwei Jahre vor dem Krieg auf zusammen 150 000 vor Kriegsausbruch angewachsen ist.

Und was hat die deutsche bzw. österreichische Regierung diesem wohlorganisierten Lügen-Presselzug gegenüber getan? So gut wie nichts. Ahnungslos ließ sie Northcliffe das englische Lügennetz weiter und weiter ausspannen und bis in den Krieg hinein verstand sie es nicht, sich den Presseapparat dienstbar zu machen, auf dem die Diplomaten in London, Petersburg und Paris so vortrefflich zu spielen verstanden bis auf den heutigen Tag. Die Lage der Abrechnung sind da und Lloyd George hatte die Kühnheit, zu erklären, die Maßnahmen der Alliierten basierten auf der deutschen Schuld. Wohl, öffnet die Alen und Zeitungsbinden der englischen und französischen Presse in den letzten sechs Friedensjahren, ihr Herren von London und Paris und laßt sie die deutsche Regierung durchblättern und die betrogenen Völker Europas haben die Vögel für ihre Kalorien. Das englische Volk darf dann besonders Lord Northcliffes nicht vergessen, wie sich das französische des argentinischen Inhabers seines „Matin“, Duobarrilla und des Auslandsredakteurs des „Temps“, Lardieu, erinnern wird. Diese haben das Gift des Deutscherhasse in die Massen getragen und die Nationen Europas gegen Deutschland aufgebracht. Sie waren die ausführenden, bestochenen Organe der Mächenschaften eines Grech und Konforten. Und wenn man heute nach den Gründen sucht für die deutsche Unbeliebtheit, dann soll man auch daran denken!

Im Anschluß an diese historisch-politische Betrachtung die Frage: Was kann uns aus dem traurigen Zustand der Völkerverständlichkeit, der Unverständlichkeit und dem immer noch fortdauernden Kriegszustand retten? Sicher nicht die national beschränkte Presse, welche die Kulturvölker so jämmerlich zu Grunde gerichtet, nicht die rote Internationale, die ebenfalls versagt hat, nicht der Völkerverbund, der ein Mund der Sieger gegen die Besiegten ist. Retten kann die europäische Kulturwelt, wenn man noch überhaupt von einer solchen sprechen darf, nur die Rückkehr zu den christlichen Sittengesetzen, aufgebaut auf dem Granitfundament des Dekalogus von Sinai. Man spricht so viel von einer Solidarität der Völker, aber was soll diese begründen? Etwa die materiellen Interessen? Die trennen mehr als sie verbinden. Nur eine höhere geistige Macht vermag die müden verheerten und verarmten Völker zu einer Familie zu vereinen und diese höhere geistige Macht ist die internationale Kulturkraft des christlichen Sittengesetzes. Durch sie würden die Ursachen der Kriege schwinden: der Nationalismus, die Eroberungssucht, der politische und wirtschaftliche Neid, die Rachsucht und das Völkerverrecht und die auswärtige Politik der Staaten auf eine christliche Basis gestellt.

Aber, wird man einwenden: das ist eine Utopie, ein Hirnspinnst. Wie soll man diesen Geist in die jetzigen Regierungskreise hineintragen? Nichts leichter als das! Zwei Dinge stehen doch fest: erstens haben wir in den meisten Ländern eine demokratische Ausgestaltung der Verfassung mit dem weitestgehenden allgemeinen Wahlrecht, zweitens steht die Mehrheit der einzelnen Völker Europas doch noch auf dem Boden des Christentums. Wie nun, wenn alle, die noch äußerlich sich zum Christentum bekennen, Ernst machen und den Völkervertrittenen mit zwingender Nachhaltigkeit eine Neuorientierung im Geiste endlicher Verschönerung und positiver internationaler gemeinsam wieder aufbauender Kulturarbeit zum Segen ganz Europas nahe legen. Wäre eine solche Politik nicht großzügiger und idealer und heilsamer als kleinlicher Volkervergeist und hypernationaler blinde Opferrie? Wird aber das noch christliche europäische Volk bezw. seine Regierungen diesen einzigen Weg der Rettung noch gehen können? Das ist die große Frage, aber wenn es diesen Weg nicht geht, so ist die Fortdauer der traurigen, alle Kulturnationen erandmarkenden Zustände unserer Zeit mit der Feindschaft und Unverständlichkeit der Völker gewiß und das Prophetenwort geht an Europa in Erfüllung: Er te pernicies Israel. Israel, daß Du verdirbst, ist Deine eigene Schuld.

## Zeitschriftenschau.

Die Leipziger „Illustrirte Zeitung“ (Verlag von J. J. Weber) bringt in ihrer neuesten Nummer 4048 wieder eine Fülle des Fesselnden und Interessanten. Reichhaltige Beiträge, wie „Die Freunde am Busche“, „Neuzeitliche Geldstränke und Stahlkammeranlagen“, „Frachtdienst und Frachtmagen in alter Zeit“, wechseln ab mit beachtenswerten Aufsätzen über den Neuaufbau der deutschen Handelsflotte, Rabindranath Tagore, Puppenpieler aus Goethes Jugendzeit, die Bedeutung der deutschen Kurbäder und zahlreichen Bildern zeitgenössischer und anderer Art (Eduard Grüner, Theater, Mode). Ein farbiges Kinderbildnis von Lucy Otlepp verleiht der Nummer einen besonderen Schmuck. Im belletristischen Teil verdient die Filmnovelle „Die Frau an der Kasse“ von Theodor Heinrich Meyer Beachtung.

**Literarische Neuerscheinungen.**

**Ambrose Bierce: Physiognomien des Todes.** (G. Hirchs Verlag, München, Preis geheftet 16 M.) In den meisterhaften Novellen des in Europa noch leider unbekanntem amerikanischen Dichters Ambrose Bierce, werden wir ergriffen und erschüttert durch ein ganz neues und eigenartiges Empfinden des Todes. Wir werden bereichert durch tiefe Einblicke in Menschenfische, die von unbekanntem und ironisch waltenden Mächten bestimmt werden. Wir sehen und hören die geheimnisvolle Mechanik der Geschicknisse. Ein höchst raffinierter, überlegener, manchmal grausamer, manchmal tragisch-mitleidiger Humor bereitet uns einen neuen ästhetischen Genuss, der das Erschütternde in diesen formvollendeten Novellen extrahiert und uns zu einer stolischen vornehmen Philosophie des großen Duldens erzieht.

**Otto Stieffl: Das Haus Grath.** Roman. Mit farbigen Umschlag von Hans Schloffer, Wien; Einband von Wilhelm Scheffel, Leipzig. (Geheftet 20 M., gebunden 25 M. Wüchters-Verlag Paul Rist, Leipzig.) Eine Schilderung vom Niedergang des Bürgertums und der bürgerlichen Kultur, der klassischen Bürgerroman unserer Zeit.

**Sophie Geschlechter: Brot und Wein.** Roman. Einband und Umschlag von Prof. Georg Behve. (Geb. 11 M., gebunden 16 M. Wüchters-Verlag Paul Rist, Leipzig.) Ein Glaubensbekenntnis zu Heimat und Volk; trotz der gewaltigen Wende der Zeiten gehen die Handelnden aufrecht und bahnen sich ihren Weg in die neue Zeit.

**„Deutscher.“** Ein humoristischer Roman von Max Kurt Harth. Geb. 21 M. Dazu kommen die ortsüblichen Buchhändler-Zuschläge.) Aus der Sammlung „Deutsche Romane zeitgenössischer Dichter.“ (Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.) Ein höchst ergötzlicher Humor erfüllt dieses Werk, das uns von der Kindheit und Jünglingszeit des hoffnungsvollen Valentin Deutscher erzählt. Der Roman Max Kurt Harths, der bisher nur als Komposition und Aufschriftsteller hervorgetreten, ist bestimmt, in unsere traurige Gegenwart fröhlichen Sonnenschein zu bringen. Aus der scharfen Beobachtung des täglichen Lebens, der Schrecken und Schwächen seiner Mitmenschen strömt dem Dichter eine sich oft überstürzende Fülle origineller Gedanken und Bilder zu. Die behaglich wichtige Darstellungsfunktion gemahnt an die Meisterhaftigkeit Wilhelm Raabes.

**Claus Störtebeker.** Roman von Georg Engel. Mit Buchschmuck und Einbandzeichnung von Herbert Hauschild. In zwei Bänden geheftet 24.—. Verlag Grethlein & Co., Leipzig.) Georg Engel, einer der Bedeutenden unter unseren Heimatdichtern, hat in dieser Schöpfung eine neue Form für den historischen Roman gefunden und damit zugleich ein Buch geschrieben, das so recht in unsere, von sozialpolitischen Kämpfen erfüllte Zeit paßt. Die gleichen weltumstürzenden, kommunistischen Ideen von heute sind es, die in dem übermenschlichen Claus Störtebeker, dem Heiligen und Frevler, dem Idealisten und Sünder, dem Träumer und Messias der Gewalt, dem Beschützer und Frauenschänder, leben und die ihn an sich selbst zerbrechen lassen. Claus Störtebeker, der den Regenbogen vom Himmel holt, das Banner der Gleichheit in deutscher Erde aufpflanzt und an sich selbst zugrunde geht; das ist, wenn man so will, das Bild Deutschlands — ja, darüber hinaus das Bild der ganzen Welt! Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft werden in diesem einzigartigen Roman, der im Tempo des wilden Jägers dahinbraust das Leben suchend: das Symbol des Lebens!

**Marie Eugénie delle Grazie: Der Liebe und des Ruhmes Kränze,** ein Roman auf der Viola d'amour. (2 Bände. 1920.

„Wila“, Wiener Literarische Anstalt, Ges. m. b. H. Wien—Berlin. Preis in vornehmem Pappband M. 50.—) Nach dem im Jahre 1919 im Verlage der Wila erschienenen aufsehenerregenden Romane „Domo . . .“ bringt die nie versagende Gestaltungs- und Schaffungskraft M. E. delle Grazie mit dem vorliegenden Werke abermals einen Roman von Qualitäten. In „Domo . . .“ hat diese seltene Frau unter dem Eindruck der großen Zeit ihren Stoff aus der jüngsten Gegenwart geschöpft, in „Der Liebe und des Ruhmes Kränze“ ersehen dagegen ferne Tage unergänzlichen Glanzes. Wie in zur Kongreganz! M. E. delle Grazie hat mit ihrem Roman ein Werk von dauernder Bedeutung gezeitigt, das unter ihren Schöpfungen einen hervorragenden Platz einnimmt; aber auch in der zeitgenössischen Literatur im allgemeinen ist ihm eine markante Stelle anzuweisen.

**Bruno Griller: „Denn im Morgen.“** Novelle. (1920. „Wila“, Wiener Literarische Anstalt, Ges. m. b. H. Wien—Berlin. Preis in vornehmem Pappband M. 14.—) Die Novelle reißt sich den früheren Schöpfungen des Autors würdig an und läßt uns in ihm abermals den starken Lebensbejaher und glühenden Verehrer eines höheren Weltens schauen. Das Buch wird durch seinen fesselnden Inhalt und seine schöne Sprache von selbst seinen Weg finden.

**Eberhard König: Ums heilige Grab.** (Mit 4 Bildern von Prof. Ernst Liebermann. 136 Seiten. Oktavformat 13,50 Mark.) Eberhard König, der bekannte Dramatiker, feierte am 18. Januar 1921 seinen 50. Geburtstag. Da ist es dem Verlage eine besondere Freude, dies vielgelesene Jugendbuch in neuer Ausgabe verlegen zu können. „Ums heilige Grab“ gibt ein ergreifendes Bild des Ringens zwischen abergläubischer Ritterlichkeit und morgenländischem Reiterium.

**Spaniel der große Lump.** Roman von Hermann Wagner. (1.—50. Tausend. Mit mehrfarbigem Umschlag und Einband von Jupp Bier. Gebunden M. 11.—. Paul Rist, Leipzig.) Unsere Zeit erscheint hier im Spiegel der Dichtung, die, um diesem Karrenspiel gerecht zu werden, sich selbst in Karrenfeld und Karrenkappe hüllt und mit der Geißel der Satire bewaffnet Schlag auf Schlag, Hieb auf Hieb niederfaßt. Nur einer war imstande, in der Gestalt „Spaniels, des großen Lumpen“ den wahnwitzigen Tanz um das goldne Kalb, in dem unsere Zeit dahintaumelt, zu verkörpern, nur einer beherrschte das eigenwillige Instrument der Satire bis in die letzten Feinheiten: Hermann Bogner, der Meister des modernen Schieber- und Schelmenromans. Jeder der hier geschilderten „Lumpen“ veranschaulicht in unübertrefflicher Schärfe ein Stück unserer Zeit, deren zum Selbstzweck gewordene Dummheit und Entfittigung als das gebrandmarkt werden, was sie sind: als unerhörte Lächerlichkeiten, deren Anblick zwingt zu einem unüberwindlichen Lachen . . . der Betrachtung.

**Staatsanzeiger.**

Das Staatsministerium hat unterm 21. Mai d. J. den Studienrat Dr. Karl Busch, früher im elsch-lothringischen Schuldienst, zum Professor am Gymnasium in Heidelberg ernannt.

Das Staatsministerium hat unterm 21. Mai d. J. den Oberlehrer Wilhelm Krause, früher im elsch-lothringischen Schuldienst, zum Professor am Gymnasium in Karlsruhe ernannt.

Das Staatsministerium hat unterm 21. Mai d. J. beschloffen, den Oberlehrer Augustin Jung an der Volksschule in Schönau i. B. zum Rektor der Volksschule in Furtwangen zu ernennen.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 30. Mai d. J. den Hauptlehrer Ludwig Engz von Durlach zum Oberverwaltungssekretär beim Kreisfiskusamt Konstanz ernannt.

**Gestorben:**  
am 28. Mai d. J.: Dr. Ernst Salzer, Rechtsanwalt in Karlsruhe.

**Die Errichtung einer neuen Apotheke in Forzheim betr.**  
Dem Apotheker Alfred Morath in Dillweissenstein wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb einer selbständigen neuen Apotheke in Forzheim verliehen.  
Karlsruhe, den 3. Juni 1921.  
Ministerium des Innern.  
Kemmelé. Zeller.

**Die Apotheke in Gailingen betr.**  
Die persönliche Berechtigung zum Betriebe der Apotheke in Gailingen, Amt Konstanz, wird zur Beiverbung ausgesprochen. Die Übertragung der Konzession auf die Gemeinde Gailingen bleibt vorbehalten.  
Bewerbungen sind unter Anschlag der erforderlichen Zeugnisse binnen vier Wochen hierher einzureichen.  
Karlsruhe, den 7. Juni 1921.  
Ministerium des Innern.  
Der Ministerialdirektor:  
J. A. Mein. Zeller.

**Die Ausbildung der Apotheker betr.**  
Mit Zustimmung des Reichsministeriums des Innern wird für Prüflinge, die den Nachweis ihrer Kriegsteilnahmeerziehung erbringen, am Ende des Sommersemesters 1921 an der Technischen Hochschule in Karlsruhe eine besondere Pharmazeutische Hauptprüfung abgehalten.  
Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse bis spätestens 25. Juni 1921 einzureichen.  
Karlsruhe, den 9. Juni 1921.  
Ministerium des Innern.  
Der Ministerialdirektor:  
J. A. Mein. Zeller.

**Die Schlepplöhnerhöhung auf dem Neckar, hier Schlepplöhnerhöhung betr.**  
Der Gesellschaft Schlepplöhnerfahrt auf dem Neckar in Heilbronn ist auf ihr Ansuchen im Benehmen mit der württembergischen und bayerischen Regierung für das bairische Landesgebiet die Genehmigung erteilt worden, einen weiteren Zuschlag von 250 Prozent auf den Gesamtschlepplohn für Fahrzeuge und Ladung zum ursprünglichen Schlepplohn zu erheben. Der Gesamtschlag zu den Grundtarifen beträgt somit jetzt 900 Prozent. Diese Tarifserhöhung tritt unter Vorbehalt auf Innehaltung der in § 6 der Genehmigungsurkunde vom 22. September 1877 für Tarifserhöhungen vorgeschriebene Bekanntmachungsvorschrift mit Rückwirkung vom 1. April 1921 in Wirksamkeit. Der jederzeitige Widerruf dieser Erhöhung wird vorbehalten.  
Karlsruhe, den 8. Juni 1921.  
Arbeitsministerium.  
Der Ministerialdirektor:  
Fuchs. Fuchs.

**Die Schlepplöhnerhöhung auf dem Neckar, hier Schlepplöhnerhöhung betr.**  
Der Gesellschaft Schlepplöhnerfahrt auf dem Neckar in Heilbronn ist auf ihr Ansuchen im Benehmen mit der württembergischen und bayerischen Regierung für das bairische Landesgebiet die Genehmigung erteilt worden, einen weiteren Zuschlag von 250 Prozent auf den Gesamtschlepplohn für Fahrzeuge und Ladung zum ursprünglichen Schlepplohn zu erheben. Der Gesamtschlag zu den Grundtarifen beträgt somit jetzt 900 Prozent. Diese Tarifserhöhung tritt unter Vorbehalt auf Innehaltung der in § 6 der Genehmigungsurkunde vom 22. September 1877 für Tarifserhöhungen vorgeschriebene Bekanntmachungsvorschrift mit Rückwirkung vom 1. April 1921 in Wirksamkeit. Der jederzeitige Widerruf dieser Erhöhung wird vorbehalten.  
Karlsruhe, den 8. Juni 1921.  
Arbeitsministerium.  
Der Ministerialdirektor:  
Fuchs. Fuchs.

**Die Schlepplöhnerhöhung auf dem Neckar, hier Schlepplöhnerhöhung betr.**  
Der Gesellschaft Schlepplöhnerfahrt auf dem Neckar in Heilbronn ist auf ihr Ansuchen im Benehmen mit der württembergischen und bayerischen Regierung für das bairische Landesgebiet die Genehmigung erteilt worden, einen weiteren Zuschlag von 250 Prozent auf den Gesamtschlepplohn für Fahrzeuge und Ladung zum ursprünglichen Schlepplohn zu erheben. Der Gesamtschlag zu den Grundtarifen beträgt somit jetzt 900 Prozent. Diese Tarifserhöhung tritt unter Vorbehalt auf Innehaltung der in § 6 der Genehmigungsurkunde vom 22. September 1877 für Tarifserhöhungen vorgeschriebene Bekanntmachungsvorschrift mit Rückwirkung vom 1. April 1921 in Wirksamkeit. Der jederzeitige Widerruf dieser Erhöhung wird vorbehalten.  
Karlsruhe, den 8. Juni 1921.  
Arbeitsministerium.  
Der Ministerialdirektor:  
Fuchs. Fuchs.

**Die Schlepplöhnerhöhung auf dem Neckar, hier Schlepplöhnerhöhung betr.**  
Der Gesellschaft Schlepplöhnerfahrt auf dem Neckar in Heilbronn ist auf ihr Ansuchen im Benehmen mit der württembergischen und bayerischen Regierung für das bairische Landesgebiet die Genehmigung erteilt worden, einen weiteren Zuschlag von 250 Prozent auf den Gesamtschlepplohn für Fahrzeuge und Ladung zum ursprünglichen Schlepplohn zu erheben. Der Gesamtschlag zu den Grundtarifen beträgt somit jetzt 900 Prozent. Diese Tarifserhöhung tritt unter Vorbehalt auf Innehaltung der in § 6 der Genehmigungsurkunde vom 22. September 1877 für Tarifserhöhungen vorgeschriebene Bekanntmachungsvorschrift mit Rückwirkung vom 1. April 1921 in Wirksamkeit. Der jederzeitige Widerruf dieser Erhöhung wird vorbehalten.  
Karlsruhe, den 8. Juni 1921.  
Arbeitsministerium.  
Der Ministerialdirektor:  
Fuchs. Fuchs.

**Die Schlepplöhnerhöhung auf dem Neckar, hier Schlepplöhnerhöhung betr.**  
Der Gesellschaft Schlepplöhnerfahrt auf dem Neckar in Heilbronn ist auf ihr Ansuchen im Benehmen mit der württembergischen und bayerischen Regierung für das bairische Landesgebiet die Genehmigung erteilt worden, einen weiteren Zuschlag von 250 Prozent auf den Gesamtschlepplohn für Fahrzeuge und Ladung zum ursprünglichen Schlepplohn zu erheben. Der Gesamtschlag zu den Grundtarifen beträgt somit jetzt 900 Prozent. Diese Tarifserhöhung tritt unter Vorbehalt auf Innehaltung der in § 6 der Genehmigungsurkunde vom 22. September 1877 für Tarifserhöhungen vorgeschriebene Bekanntmachungsvorschrift mit Rückwirkung vom 1. April 1921 in Wirksamkeit. Der jederzeitige Widerruf dieser Erhöhung wird vorbehalten.  
Karlsruhe, den 8. Juni 1921.  
Arbeitsministerium.  
Der Ministerialdirektor:  
Fuchs. Fuchs.

**Die Schlepplöhnerhöhung auf dem Neckar, hier Schlepplöhnerhöhung betr.**  
Der Gesellschaft Schlepplöhnerfahrt auf dem Neckar in Heilbronn ist auf ihr Ansuchen im Benehmen mit der württembergischen und bayerischen Regierung für das bairische Landesgebiet die Genehmigung erteilt worden, einen weiteren Zuschlag von 250 Prozent auf den Gesamtschlepplohn für Fahrzeuge und Ladung zum ursprünglichen Schlepplohn zu erheben. Der Gesamtschlag zu den Grundtarifen beträgt somit jetzt 900 Prozent. Diese Tarifserhöhung tritt unter Vorbehalt auf Innehaltung der in § 6 der Genehmigungsurkunde vom 22. September 1877 für Tarifserhöhungen vorgeschriebene Bekanntmachungsvorschrift mit Rückwirkung vom 1. April 1921 in Wirksamkeit. Der jederzeitige Widerruf dieser Erhöhung wird vorbehalten.  
Karlsruhe, den 8. Juni 1921.  
Arbeitsministerium.  
Der Ministerialdirektor:  
Fuchs. Fuchs.

**NEUE FRAUENKLEIDUNG UND FRAUENKULTUR**

Zeitschrift für persönliche, künstlerische Kleidung, Körperkultur und Kunsthandwerk mit Schnittmusterbogen.

17. Jahrgang.

Als Blatt der gebildeten Frau

ist die „Neue Frauenkleidung und Frauenkultur“ Beraterin in Kleid-, Geschmacks- und Kulturfragen. Der stark modisch empfindenden Frau zeigt sie Kleider, die innerhalb der großen Modelinie doch persönlich und formschön sind. Die Zeitschrift bringt nur Werkstattmodelle und Kleider, die sich durch beste Technik und neue, künstlerische Art der Ausführung auszeichnen. Ebenso wird das rein dem Wesen, der Eigenart und den Körperformen der Trägerin angepasste Kleid in künstlerischer Form gelöst. Der beiliegende Schnittmusterbogen gibt der Hausfrau und Mutter Anleitung, ihre Kleidung, Kinderkleidung und Wäsche selbst zu schneiden. Die in organischem Zusammenhang mit der Kleiderfrage stehenden Gebiete, Kunsthandwerk und Körperkultur, werden von Fachleuten anregend und erschöpfend behandelt.

Jährlich sechs Hefte 30 Mk.

Halbjährlich 15.— Mk., Einzelheft 6.— Mk.

G. BRAUNSCHNE HOFBUCHDRUCKEREI UND VERLAG  
KARLSRUHE IN BADEN, KARL-FRIEDRICHSTRASSE 14.

**Ämtliche Bekanntmachung.**

**Das Baden im Rhein betr.**  
Nach der bezirkspolizeilichen Vorschrift vom 26. Mai 1865 ist das Baden im Rhein nur an den von der Ortspolizeibehörde bezeichneten Plätzen erlaubt.

In Anwendung dieser Bestimmung machen wir darauf aufmerksam, daß der freie Rhein außerhalb des städtischen Schwimmbades bei Maxau von der Ortspolizeibehörde nicht als Baderplatz bezeichnet und daß somit das Hinausschwimmen in den freien Rhein verboten ist. Das Aufsichtspersonal ist angewiesen, jede Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot hierher zur Anzeige zu bringen.

Wir werden Zuwiderhandlungen gemäß § 75 P.-St.-G.-B. bestrafen.  
Karlsruhe, den 1. Juni 1921.  
Badisches Bezirksamt. D.-3.90

**Badisches Landestheater.**  
Samstag, den 11. Juni, 7 bis 1/2, 10 Uhr. Mk. 12.—  
**Russischer Komödienabend.**  
Die Spieler. Die Kulissen der Seele.  
Der Heiratsantrag.

**Putz! Suche eine durchaus Putz! selbständige Garniererin**  
gleichzeitig in Belgarbeiten bewandert. Geboten wird angenehme, selbständige Dauerstellung bei freier Station; Eintritt 1. Juli. Off. mit Bild an **Putz-Modehaus Josef Winzler, Villingen in Baden.**

**Verlosung.**  
Von der 3/4-prozentigen Anleihe der Stadtgemeinde Neustadt im Schwarzwald vom Jahre 1885 wurden bei der Ziehung am 21. Mai 1921 durch das Los zur Heimgahlung auf 1. Dezember 1921 bestimmt die Teilschuldverschreibungen: R.311  
Lit. A Nr. 26 und 66 mit je 1000 M.  
Lit. B Nr. 11, 18 und 69 mit je 500 M.  
Der Kapitalbetrag kann vom 1. Dezember ds. J. an bei der Stadtkasse hier in Empfang genommen werden. Die Verzinsung hört mit diesem Tage auf.  
Neustadt/Schwarzwald, den 2. Juni 1921.  
Der Gemeinderat: Winter.

Umbau der Feldwegunterführung. Km 242, 616 bei Schliengen: Erd-, Maurer-, Betonarbeiten u. Eisenlieferung, gemäß Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 zu vergeben. Bedingungenunterlagen bei der Bahnhofsstation Schliengen einzusehen, wofür auch Abgabe der Angebotsbogen. Angebote an die genannte Dienststelle vorzulegen, portofrei, mit entsprechender Aufschrift

versehen, bis zur Verbindungsverhandlung am Donnerstag, den 23. Juni 1921, vormittags 9 Uhr, einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. A.607.2/Basel, 1. Juni 1921.  
Bahnbauprüfung.

Gemäß Finanzmin.-Verordnung vom 3. Januar 1907 Grab- und Abbrucharbeiten zu vergeben. Bedingungenunterlagen einzusehen bei der Bahnhofsstation Efringen oder Weil-Leopoldshöhe. Abgabe der Angebotsbogen ebenfalls. Angebote verschlossen, portofrei mit entsprechender Aufschrift versehen, bis zur Verbindungsverhandlung am 17. Juni, 10 Uhr vorm., bei der Bahnhofsstation Weil-Leopoldshöhe einzureichen. Zuschlagsfrist 10 Tage. A.683.2/Basel, 9. Juni 1921.  
Bahnbauprüfung.

Hochbauarbeiten wie Grab- und Mauer-, Zimmer-, Maler-, Dachdecker-, Verputz-, Glaser-, Schreiner-, Schlosser- und Tüncherarbeiten zum Umbau und Stodaufbau auf das Aufnahmegeräude Wiflingen nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschreibungen liegen auf dem Geschäftszimmer der Bahnbauprüfung I Karlsruhe und Bahnhofsstation Wiflingen zur Einsicht auf, dort auch Abgabe der Angebotsbogen. Versand nach auswärts findet nicht statt. Angebote verschlossen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift längstens bis Donnerstag, den 23. Juni, vormittags 11 Uhr, bei Bahnbauprüfung I Karlsruhe einreichen, dort auch Öffnung der Angebote. Zuschlagsfrist 3 Wochen. A.689.2/Basel, 9. Juni 1921.  
Bahnbauprüfung I.